



Sitzung vom  
25. Februar 2020

Mitgeteilt den  
27. Februar 2020

Protokoll Nr.  
124

### **Fraktionsauftrag SVP**

betreffend offene Verwaltungsdaten stärker fördern

### **Antwort der Regierung**

Die Regierung hat im Juni 2018 die E-Government-Strategie Graubünden 2019-2023 verabschiedet. Diese bildet die strategische Grundlage für die Weiterentwicklung der Digitalisierung in der kantonalen Verwaltung. Dadurch soll der standortunabhängige und nutzerfreundliche Kontakt mit der Verwaltung und die automatisierte elektronische Ausführung von Dienstleistungen ermöglicht werden. Die E-Government-Strategie dient auch dazu, die Verwaltungsprozesse mittels digitaler Technologien effizienter zu machen und die Qualität der Dienstleistungen zu optimieren. Die E-Government-Strategie Graubünden stützt sich auf Grundlagen des Bundes und der Konferenz der Kantonsregierungen; so auch auf die Leitlinien zur Digitalen Verwaltung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und auf die E-Government-Strategie Schweiz.

Zwei der Handlungsfelder der E-Government-Strategie Graubünden betreffen die Optimierung der behördenübergreifenden Prozesse und den Datenaustausch. Durch die Digitalisierung sollen die Verwaltungsprozesse beschleunigt und die Mehrfachfassung von elektronisch bereits vorhandenen Daten vermieden werden. Das sogenannte Once-Only-Prinzip und die Vermeidung von redundanten Datenhaltungen zählen ebenfalls zu den Grundsätzen der E-Government-Strategie Graubünden. Dadurch können Verwaltungsgeschäfte mit der Bevölkerung sowie Unternehmen vereinfacht, unnötige Interaktionen vermieden und die Datenqualität verbessert werden. Die Regierung ist bestrebt, die digitalen Leistungen des Kantons für die Bevölkerung und die Unternehmen kunden- und bedürfnisgerecht auszubauen und dabei nach Möglichkeit das Once-Only-Prinzip zu beachten. Es ist aber zu betonen, dass dies nur in den Schranken der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgen kann und teilweise die rechtlichen, technischen und organisatorischen Grundlagen dazu noch geschaffen werden müssen.

Kantonale Verwaltungen erheben, sammeln und bearbeiten Daten jeglicher Art wie beispielsweise Statistik-, Geoinformations-, Umwelt-, Wetter-, Mobilitäts-, Energie- und Kulturgüterdaten sowie unterschiedliche amtliche Publikationen. Dabei handelt es sich um zahlreiche nicht personenbezogene Daten, die für alle Interessierten zu gleichen rechtlichen und niederschweligen technischen Bedingungen unentgeltlich zugänglich sein können, sofern kein überwiegendes legitimes Schutzinteresse besteht. Diese Daten können von Dritten weiterverarbeitet und genutzt werden. Die

Aufbereitung und Publikation solcher offenen Verwaltungsdaten wird als Open Government Data (OGD) bezeichnet. Dabei handelt es sich um strukturierte, frei weiterverwendbare und zugängliche sowie maschinenlesbare Behördendaten. Gemäss OGD-Strategie des Bundes fördert der freie Zugang zu Verwaltungsdaten Transparenz und Partizipation, stärkt die Verantwortlichkeit und trägt zur Steigerung der Wertschöpfung bei. Letzteres soll durch höhere Effizienz der Verwaltung, Ermöglichung von Innovation und Realisierung neuer Geschäftsmodelle ermöglicht werden. Durch OGD kann auch ein Beitrag für einen innovativen und digitalen Kanton Graubünden geleistet werden.

Mit der E-Government-Strategie Graubünden hat die Regierung bereits die Grundlage gelegt, um OGD im Kanton Graubünden voranzutreiben. Diese legt fest, dass der öffentliche Zugang zu Behördendaten unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Open Government Data-Strategie Schweiz 2014-2018 (welche durch die OGD-Strategie des Bundes 2019-2023 ersetzt wurde) gefördert wird. Ergänzend kann auf die Leitlinien der KdK zur Digitalen Verwaltung hingewiesen werden, wo festgehalten ist, dass das Angebot und die Zugänglichkeit von Daten der öffentlichen Hand über interföderale Datenplattformen weiter auszubauen, deren Finanzierung sicherzustellen und niederschwellige Zugangsmöglichkeiten anzubieten seien.

Mit der Plattform [opendata.swiss](https://opendata.swiss) haben Bund und Kantone eine solche OGD-Plattform geschaffen. Darauf werden strukturierte und maschinenlesbare Daten verlinkt und mit Metadaten versehen. Die Daten selber werden nicht auf die zentrale Plattform gestellt, sondern verbleiben bei der jeweiligen Publikationsstelle. Graubünden sammelt seit 2017 mit der Publikation der Abstimmungsdaten des Kantons über [opendata.swiss](https://opendata.swiss) Erfahrungen im Bereich OGD.

Die Regierung ist bestrebt, im Rahmen der Umsetzung der E-Government-Strategie Graubünden und der zur Verfügung stehenden Ressourcen, das OGD-Angebot des Kantons etappenweise auf- und auszubauen und soweit möglich, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin